



De Rude Pooz



Stadtteilzeitung der DKP Köln Innenstadt

März/2015

www.dkp-koeln.de

Kögida hat aufgegeben, aber die rassistischen Anschläge nehmen zu. Auch in Köln.

Am 26. Oktober 2014 hatten sich in Köln 4000 Nazihoooligans zusammengerrottet. Die Gegendemonstration zur selben Stunde wurde öffentlich kaum bemerkt. Immerhin waren 1000 Kölnerinnen und Kölner dort, sorgfältig von der Polizei abgeschildert.

Die SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) regte unverzüglich für den 2. November eine Demonstration an. Über Facebook und andere Medien gab es sehr schnell Tausende von Rückmeldungen. Und in der Tat demonstrierten 3000 Menschen an diesem sonnigen Sonntag.

Am 14. Dezember rief Arsch huh und 15 000 kamen.

Aber im Oktober hatte auch eine bislang unbekannte Dresdner Organisation Pegida (Patriotische Europäer gegen Islamisierung des Abendlandes) zu ausländerfeindlichen Demonstrationen, regelmäßig am Montag, aufgerufen. Von Woche zu Woche mit mehr Zulauf. Zunächst waren es nur einige Hundert. Es wurden Tausende.

Immerhin rührten sich auch die Geg-

ner. Am 8. Dezember protestierten in Dresden 9000 Menschen gegen den Pegidäischen Rassismus. Am 22. Dezember stand es in Dresden 17500 zu 4500. Auch im Rest der Republik gab es No-Pegida-Demonstrationen, in München 12 000, in Bonn 2500, in Kassel 2000, in Würzburg 700.

Am 5. Januar stand es in Dresden 18 000 zu 4000. Überall in der Republik entwickelten sich Ableger der Pegi-

Weitere Inhalte dieser Ausgabe:

- Der städtische Haushalt 2015, S.3
- Vom Veedel auf den Gipfel, S.3
- Zusammenschluss Deutsche Aninng-ton und GAGFA, S.4
- Die Keupstraße in München, S.6
- Mal wieder die KVB, S.8

da-Bewegung. Vor allem nahmen die Gegendemonstrationen zu. Insgesamt beteiligten sich daran über 200 000 Menschen in der ganzen Republik.

In Köln konnten am 5. Januar kurzfristig mobilisierte 12 000 Gegendemonstranten 250 Kögida-Anhänger stoppen. Am 14. Januar stand es in Köln 7000 zu 120, am 21. Januar 2000 zu 80. Und endlich am 28. Januar 700 zu Null, weil Kögida den Schnupfen hatte. Jetzt will sich Kögida, organisiert von der jungen Faschistin Melanie Dittmer, auf Dügida beschränken, weil sie dort von der Polizei bevorzugt behandelt werden.

Währenddessen nehmen Anschläge auf Flüchtlingsheime zu. Immer wieder kann die Polizei Nazihoooligans nur mit knapper Mühe von bewaffneten Angriffen auf antifaschistische Jugendliche abhalten (18. Januar Probsteigasse, 1. März Eigelstein)

-Klaus Stein



Demonstration gegen „KÖGIDA“ am 5. Januar an der Deutzer Freiheit

unsere zeit - Jetzt 4 Wochen gratis probelesen!

- ☐ Ich möchte die UZ einer Freundin / einem Freund empfehlen. Sendet die UZ 4 Wochen kostenlos an nebenstehende Adresse.

Mein Name: _____

- ☐ Ich möchte die UZ 4 Wochen kostenlos und unverbindlich testen. Bitte sendet sie an meine nebenstehende Adresse.



Name: _____

Wohnung: _____

Strasse, Hausnummer: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Das Abo endet automatisch. Der Verlag darf nicht ohne weitere Mitteilung das Abo befragen.

An:
CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18
45127 Essen

Coupons abtrennen oder per Mail schicken:
info@comm-a-z-zeit.de

Tel.: 0201 - 17 78 83-23 Fax: 0201 - 17 78 83-28

Der städtische Haushalt 2015

Im vergangenen Dezember wurde dem Stadtrat der Haushaltsentwurf für 2015 vorgelegt. Mittlerweile hat er ein Gesamtvolumen von 4,13 Milliarden Euro. Allerdings soll er noch um einen Konsolidierungsbetrag von insgesamt rund 167 Mio reduziert werden.

Bisher sei schon geklärt, an welchen Stellen von dieser Summe 100 Millionen eingespart werden. 67 Mio Euro an Einsparungen sind noch nicht identifiziert.

Bisher sollen im Dezernat für Bildung, Jugend und Sport 46,5 Mio gestrichen werden, im Dezernat Stadtentwicklung Planen und Bauen 50,6 Mio Euro sowie im Dezernat Soziales 26,9 Mio Euro: „Schmerzhaftes Kürzungen“, wie die Stadtkämmerin sie im Finanzausschuss der Stadt am 2. Februar be-

zeichnete. (KR 3.2.15)

Vermutlich wird diese Spardiskussion frühestens nach der Oberbürgermeisterwahl geführt werden, die ist am 27. September. Offenbar werden aus diesem Grund auch die Kassenkredite bis zu einer Höhe von 950 Mio Euro gedehnt. Ende Dezember betrugen sie 473 Mio.

Kassenkredite sind für die Stadt, was der Dispo für den Privatmann ist. Für die Stadt teuer, für die Banken lukrativ. -K.S.

Vom Veedel auf den Gipfel!

Im Freien Werkstatt Theater (FWT) im Zugweg ist noch wiederholt eine DreipersonenProduktion mit dem Titel „Gipfelstürmer“ anzuschauen, bei der die Zuschauer ganz unmittelbar selbst mitwirken und ihre Köpfe und Anschauungen in Bewegung bringen können!

Dieses außer-ordentliche Theaterstück ist tatsächlich nicht nur ein Theaterstück, sondern eine Art Manöver, bei dem die Mitwirkenden den Gipfelsturm proben können.

Nämlich auf den sogenannten G7-Gipfel, den bisher nur Staatsmänner

und Regierungschefs besteigen dürfen, um dort, beschirmt von Bataillonen uniformierter Staatsknechte, ungestört für die zukünftige Ausbeutung des Planeten und seiner Bewohner neue Pläne auszuhacken.

Die nächste G7-Verschwörung findet im Juni in Bayern statt, und bis dahin können die Rheinländer sich in Kopf und Herz, im Spaß und im Ernst, mit den drei engagierten jungen Schauspielern auf einen Besuch dieser Veranstaltung vorbereiten, nämlich durch einen Besuch der Bühnenveranstaltung im Freien Werkstatt Theater. -E.S.

Zusammenschluss Deutsche Annington SE und GAGFAH S.A.

*Die Deutsche Annington AG und GAGFAH AG haben
am 1. Dezember 2014 den Beschluss über den Zusammen-
schluss beider Unternehmen gefasst.*

Die Deutsche Annington ist als börsennotierte europäische Aktiengesellschaft das größte deutsche private Immobilienunternehmen. Die GAGFAH S.A. ist eine der größten in Deutschland börsennotierten Wohnungsgesellschaften. Bis zum vollzogenen Zusammenschluss wird das neue Unternehmen mit rund 350.000 Wohnungen mit etwa 1 Mio Mietern das zweitgrößte börsennotierte Immobilienunternehmen von Kontinental-europa.

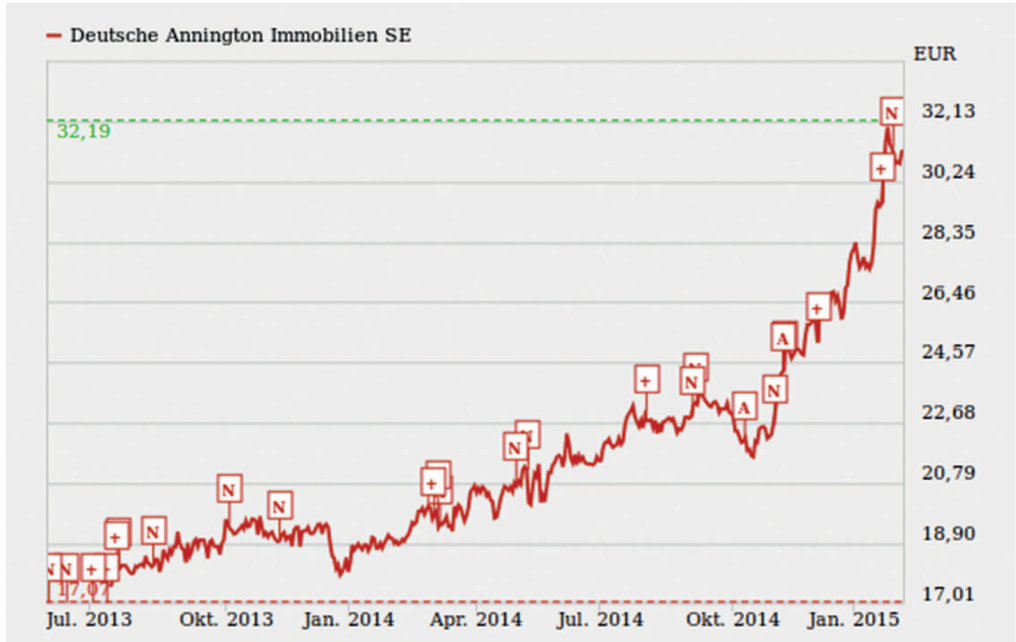
Der Deutsche Mieterbund e.V. bewertet diesen Zusammenschluß in seiner MieterZeitung als „Großangriff auf den Wohnungsmarkt“. Er schreibt, es ist vor allem „die rustikale Art, in der beide Konzerne bisher mit ihren Mietern umgegangen sind, und die Art und Weise, wie sie ihre Wohnungsbestände bewirtschaften. ... Damit die Rendite der [Gagfah-]Aktionäre stimmte, kürzte der Konzern die Instandhaltungskosten immer weiter. Bröckelnde Balkone, undichte Fassaden, zugige Fenster und öfter ausfallende Heizungsanlagen waren die Folgen.“

Wir meinen, hohe Mieten kassieren und Instandhaltungskosten sparen - sind beileibe nicht die einzigen Profit-

quellen. Die vielleicht hauptsächliche Technik der Profitmaximierung ist die Auslagerung (Outsourcing).

Die gerade fusionierenden Wohnungsgesellschaften wurde eigens gegründet um Auslagerungen durchzuführen, nämlich die Auslagerung gemeinnützigen oder staatlichen Eigentums und Sozialfürsorge an private Firmen. Unternehmen, neu gegründete Unternehmen, neben, unterhalb oder oberhalb des alten Unternehmens, sind von außerhalb, z.B. von Finanzämtern, aber auch anderen öffentlichen Aufsichtsbehörden nicht mehr so ohne weiteres, viel zu oft auch überhaupt nicht mehr zu kontrollieren.

Das Problem solcher Unkontrollierbarkeit am Beispiel der Kölner Stadtverwaltung und des Stadtarchivs. Von Regierungspräsident Hans Peter Lindlar (CDU), „System Köln“ benannt, führte dieser Zustand der Unkontrollierbarkeit (kölsch: Klüngel) in die Katastrophe des Archiveinsturzes. Der Dienstherr auch der Kölner Stadtverwaltung wurde seinerzeit vom Kölner Stadt-Anzeiger mit der Einsicht zitiert, „Die Politik müsse die Katastrophe zum Anlass nehmen, die Struktur des Stadtkonzerns mit mehr



als 100 eigenen Unternehmen und Einrichtungen in privater Rechtsform zu überprüfen“. Es sei „eine öffentliche Diskussion im Gange, „die das System betrifft“. Es scheine ein „Risiko darin zu liegen“, wichtige kommunale Aufgaben in privatrechtliche Gesellschaften zu verlagern. Damit seien sie der direkten Kontrolle durch den Stadtrat entzogen.“ (KStA 09.04.2009)

Während das entsetzliche Kölner Beispiel zeigt, wo dieses unübersichtliche Chaos der systematischen Auslagerungen endet, müssen die Mieter heute sich schon mit dem „Alltag“ dieser Unternehmerwillkür herumschlagen. Großvermieter lagern Leistungen wie Heizung, Gebäude- und Straßenreinigung, Gartenpflege, Hauswart, usw. vielfach an Drittunternehmen aus. Die dadurch auf die Mieter zukommen-

den Kosten sind in der Regel bedeutend höher, als wenn der Vermieter die Leistungen mit eigenem Personal ausführen würde, denn das Drittunternehmen muß auch einen Gewinn erwirtschaften.

Diese höheren Kosten sind nach der Rechtsprechung zulässig. Damit ist „amtlich“ festgestellt, dass die „Auslagerung“, „Outsourcing“ usw. teurer ist als die Eigenverwaltung, gleichwohl wird jedoch das (Profit-)Recht der großen Konzerne gesetzlich geschützt. Und was den Mietern abgepresst wurde, sieht gut an der Börse aus:

Die Profite der Wohnungsgesellschaften knallen durch die Decke!

-Raimund

Die Keupstraße in München.

20. Januar, 175. Verhandlungstag des NSU-Prozesses

Die Keupstraße in Mülheim liegt am Rand der ehemaligen Draht- und Kabelfabrik Felten & Guillaume. Ende der siebziger Jahre sollten die Häuser abgerissen werden. Die Stadt erwarb die Häuser. Deutsche Mieter zogen aus, Arbeitsmigranten zogen ein. Der Abbruch wäre aus Mitteln der Städtebauförderung finanziert worden. 1980 sollte ein entsprechender Beschluss im Stadtrat gefasst werden.

Da kam auf, dass maßgebliche Politiker von F & G gekauft waren. Ortspolitiker traten zurück, die Keupstraße blieb stehen. Es entstand ein „positiv eigenständiges Gebiet“ (SPD Mülheim) mit vorwiegend türkischen Geschäften, Treffpunkten, Restaurants. Die Keupstraße wurde am 9. Juni 2004 zur Zielscheibe eines Nagelbombenanschlags, der 22 Menschen verletzte. Es war Glück, daß niemand getötet wurde.

Sandro D. und Melih K. hatten sich an diesem sonnigen Nachmittag, nichts Böses ahnend, einen Imbiss besorgt. Just als Melih in seinen Döner beißen wollte, zog ihm die Detonation die Beine weg. Er blieb blutend liegen, mit neun Nägeln im Leib und Hunderten von Glassplittern im Gesicht. Helfer löschten den brennenden Haarschopf. Sandro flüchtete instinktiv durch den

Qualm hindurch zur anderen Straßenseite auf eine Stufe im Hauseingang. Ihn hatten vier Nägel getroffen. Er rief nach seinem Freund, konnte aber die Antwort nicht hören. Er war taub und nahm die Szene wie einen Stummfilm wahr. Melih zum Richter Götzl: „Knall, Licht aus, auf einmal bist Du in Texas.“

Neun Busse mit Freunden, allein drei davon aus Köln, sind nach München gefahren. Die Betroffenen sollen hier nicht allein gelassen werden. Vor dem Gerichtsgebäude finden Aktionen statt. Unter anderem werden Akten geschreddert - Straßentheater.

Die beiden Freunde waren notoperiert worden, blieben tagelang auf der Intensivstation. Polizei verhinderte den Kontakt der Freunde untereinander, denn sie waren verdächtig. Noch auf der Intensivstation wurden sie verhört. Hatten sie das Fahrrad vor dem Laden abgestellt? Ging die Bombe womöglich zu früh los? Wollten sie Schutzgeld erpressen?

Im diesem Fall hätte der Täter den Friseur doch wohl persönlich angegriffen, statt die ganze Straße zu zerstören, sagt Melih zum Richter. Den Anschlag müssen Nazis verübt haben, Ausländerhasser. „Um darauf zu kommen, muss man kein Ermittler sein!“

Beifall von der Zuschauertribüne. Richter Götzl, merklich verärgert, ordnet an: „Sie hören nur zu!“

In der Tat schloss die Polizei Rechtsterrorismus aus und verdächtigte regelmäßig die Opfer.

Der Münchner Prozess reduziert das NSU-Netz auf Zschäpe und die beiden Uwes. Aber nach und nach wird die Beteiligung von Behörden erkennbar.

-Richard



Köln; Nagelbomben-Attentat in der Keupstraße am 9. Juni 2004

Mal wieder die KVB

*In der Öffentlichkeit ist es still geworden um die KVB.
Mal abgesehen von den jährlichen regelmäßigen Preissteigerungen
für Tickets, finden die wichtigen Auseinandersetzungen hinter den
Kulissen statt.*

Da sind die explodierenden Kosten für den Ausbau der U-Bahn, die keiner will. Gerichte, Sachverständige und Versicherungen streiten sich um die mehrstelligen Millionenbeträge, die durch Pfusch, Mauschelei und Postenschacherei entstanden sind.

Den Anblick des Chlodwigplatzes nehmen wir hin und niemand glaubt ernsthaft, daß sich die Zustände dort einmal ändern werden. Auf Kölsch gesagt: Et kütt wie et kütt. Lassen wir uns also überraschen.

Wir haben uns an ständig wechselnde Haltestellen für die Buslinien gewöhnt. Nie aber weiß man genau, sind das eigentlich Provisorien oder nicht, oder vielleicht doch?

Bestes Beispiel: Die Haltestelle für die Buslinien 132 und 106 hinter der Severinskirche in Richtung Chlodwigplatz. Die Busse halten an der Straßenbiegung, Ein- und Ausstieg ist für

ältere und behinderte Menschen und Mütter/Väter mit Kinderwagen unzumutbar. Dieses Provisorium besteht nun schon seit einigen Jahren. Daran, daß dort für viel Geld elektronische Anzeigetafeln installiert wurden, läßt darauf schließen, daß die Busbenutzer sich noch auf unbestimmte Zeit mit diesem Zustand abfinden müssen. Gerade im Umkreis befinden sich einige Senioren- und Pflegeheime, aber das hat sich wohl noch nicht bis zur KVB herumgesprochen.

Eigentlich sollte man davon ausgehen, daß bei der Verkehrsplanung auch bei der KVB die Belange der alten und behinderten Mitmenschen berücksichtigt werden. Bis auf einige „Alibi“-Ausnahmen ist das jedoch nicht erkennbar.

Wir werden in Zukunft noch genauer hinschauen müssen. Für Hinweise aus unserer Leserschaft sind wir dankbar.

Unser nächster Gruppenabend:

**17.03.2015, 19:30 Uhr
Freidenkerzentrum Bayenstraße 11**

Schau doch mal vorbei!



Impressum

Herausgeber:
Gruppenvorstand der DKP
Köln-Innenstadt
Eigendruck

Kontakt:
vorstand@dkp-koeln.de

V.i.S.d.P.: Stein, Bayenstraße 11, 50670 Köln